

Information für Bewerber nach Art. 13 und 14 Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO)

1. Bezeichnung des Verarbeitungsvorgangs:

Bewerbung bei Kommunalverwaltungen in Rheinland-Pfalz

2. Kontaktdaten Verantwortlicher:

Kreisverwaltung Mayen-Koblenz
Abteilung 1 - Zentrale Steuerung
Bahnhofstr. 9
56068 Koblenz
Telefon: 0261 / 108-0
E-Mail: info@kvmyk.de

3. Kontaktdaten Datenschutzbeauftragte:

Kreisverwaltung Mayen-Koblenz
Datenschutzbeauftragte
Bahnhofstr. 9
56068 Koblenz
Telefon: 0261 / 108-556
E-Mail: datenschutz@kvmyk.de

4. Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten:

Die personenbezogenen Daten werden zur Durchführung von Bewerberauswahlverfahren zur Besetzung von Stellen beim Landkreis Mayen-Koblenz verarbeitet. Um eine ordnungsgemäße und den gesetzlichen Bestimmungen gerecht werdende Personalauswahl durchführen zu können, ist die Verarbeitung und Weitergabe der Daten an die u.a. Empfänger unerlässlich.

5. Rechtsgrundlage(n) der Verarbeitung personenbezogener Daten:

Als vorrangige Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 Buchst. b DS-GVO i. V. m. § 26 Abs. 1 BDSG bzw. § 20 Abs. 1 LDSG zu nennen. Außerdem werden personenbezogene Daten von uns aufgrund Art. 33 Abs. 2 Grundgesetz sowie der einschlägigen beamten- und tarifrechtlichen Vorschriften verarbeitet. Weiterhin sind an dieser Stelle die Vorschriften des Landespersonalvertretungsgesetzes (§§ 78, 79), des Landesgleichstellungsgesetzes (§ 24), der Landkreisordnung (§ 41) sowie der Hauptsatzung des Landkreises Mayen-Koblenz (§ 3) in der jeweils geltenden Fassung von Relevanz, welche im Rahmen von Einstellungsverfahren von uns beachtet und angewendet werden müssen.

6. Betroffene Personen:

Bewerberinnen und Bewerber auf ausgeschriebene Stellen des Landkreises Mayen-Koblenz.

7. Betroffene Daten/Datenkategorien:

Folgende Daten bzw. Datenkategorien werden im Bewerbungs- / Einstellungsprozess verarbeitet:

- Vor- und Zuname
- Geburtsdatum /-ort
- Adressdaten
- sonstige Kontaktdaten (z.B. private Telefonnummern oder E-Mail-Adressen)
- Lebenslauf (wie in Bewerbung angereicht)
- Lichtbild (sofern vorgelegt)
- sonstige Bewerbungsunterlagen wie z.B. Nachweise über einen akademischen Grad, Zeugnisse, Praktikumsbescheinigungen oder Sprach-Zertifikate etc.
- Gesundheitsdaten (im Rahmen der Einstellungsuntersuchung beim Gesundheitsamt)

8. Empfänger der Daten bzw. Kategorien von Empfängern (auch Auftragsverarbeitung):

Im laufenden Bewerbungsverfahren werden die Bewerbungsunterlagen zwecks Zustimmung bzw. Beteiligung an politische Kreisgremien, die Personalvertretungsorgane sowie weitere an dem Bewerberauswahlverfahren zu beteiligende Stellen weitergegeben.

9. Übermittlung an Drittland:

entfällt

10. Dauer der Speicherung:

Die Bewerbungsunterlagen werden im Referat ‚Personal‘ in der Regel für sechs Monate (bei Ausbildungsstellen zwölf Monate), nach Abschluss des Auswahlverfahrens aufbewahrt. Auf Wunsch des Bewerbers kann diese Frist allerdings verlängert werden. Auch bei Initiativbewerbungen besteht die Möglichkeit Ihre Bewerbungsunterlagen in die Wiedervorlage mitaufzunehmen, um gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt auf Sie zurück zu kommen. In beiden Fällen benötigen wir eine Bestätigung in Schriftform oder per E-Mail.

11. Betroffenenrechte:

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)
- Recht auf Berichtigung, soweit die betreffenden Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO)
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der

öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.

- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DS-GVO, insbesondere
 - soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit;
 - wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt;
 - wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt und deshalb nicht gelöscht werden können, oder
 - wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DS-GVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen der Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

Recht auf Widerspruch nach Art. 21 DS-GVO gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

12. Beschwerderecht:

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz (55116 Mainz, Hintere Bleiche 34, Telefon: 06131 / 8920-0, E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Stand der Information: 19.07.2022